

Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002

Oskar Niedermayer

1. Die Grundstruktur des deutschen Parteiensystems

Im vereinten Deutschland hat sich ein Parteiensystem herausgebildet, dessen Grundstruktur nach der Jahrtausendwende gekennzeichnet ist durch (1) eine relativ geringe Fragmentierung durch die Existenz zweier immer noch dominierender Großparteien, (2) eine offene Wettbewerbssituation zwischen den beiden Großparteien durch den Abbau der die Union gegenüber der SPD jahrzehntelang begünstigenden strukturellen Asymmetrie, (3) eine offene Wettbewerbssituation zwischen den drei relevanten kleinen Parteien, den Grünen, der FDP und der PDS, da alle drei ihren Standort im Parteiensystem noch nicht gefestigt haben, wobei die PDS durch die Bundestagswahl 2002 in bedrohliche Schwierigkeiten geraten und ihre zukünftige bundespolitische Relevanz fraglich ist, (4) eine Ost/West-Diskrepanz durch die Tatsache, dass die Grünen und – mit Abstrichen – die FDP im Osten immer noch schwach sind und die PDS im Westen eine marginale Partei darstellt, (5) eine geringe Bedeutung systemoppositioneller Parteien und (6) die koalitionspolitische Integration der Grünen, auf der ostdeutschen Landesebene auch der PDS. Im Folgenden soll die Situation der einzelnen Parteien näher betrachtet werden, wobei zum besseren Verständnis der heutigen Lage auf die Entwicklung seit der Vereinigung eingegangen wird.

2. Die CDU/CSU und die SPD

Die beiden Großparteien CDU/CSU und SPD konnten in den Siebzigerjahren über vier Fünftel der Wahlberechtigten für sich gewinnen, in den Achtzigern zeigten sie jedoch zunehmende Mobilisierungsschwächen. Dieser negative Trend schien sich zunächst auch in den Neunzigerjahren fortzusetzen. Die Bundestagswahl 1990 markierte trotz der Vereinigungseuphorie den bisherigen Tiefpunkt ihrer Mobilisierungsfähigkeit, und kurze Zeit später brach eine weitere Welle von Unzufriedenheit über sie herein, die 1993 ihren Höhepunkt fand. Ausgelöst wurde diese Entwicklung durch eine Kumulation mehrerer Faktoren: die das politische Personal in

Misskredit bringende Häufung von Skandalen und Affären, die sich deutlich verschlechternde Wahrnehmung der ökonomischen Entwicklung, die Unzufriedenheit mit dem Verlauf des Einigungsprozesses – insbesondere die Erwartungsenttäuschung im Osten – und das im Westen dominierende Asylthema. Mit dem aus taktischen Erwägungen und aufgrund SPD-interner Auseinandersetzungen zunächst immer wieder hinausgezögerten Asylkompromiss vom Sommer 1993 und einem deutlichen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung in Bezug auf die Wahrnehmung der ökonomischen Entwicklung im Frühsommer 1994 kehrte sich die negative Entwicklung jedoch wieder um. Insgesamt konnten die Großparteien in den Wahlen von 1994 und 1998 gegenüber 1990 wieder etwas mehr Wähler gewinnen, allerdings nur aufgrund der Verbesserung der SPD, die Union verschlechterte sich weiter.

Bei der Bundestagswahl 1994 legte die SPD deutlich zu, verpasste aber den Machtwechsel, was vor allem auf die mit dem Rückgewinn der Wirtschaftskompetenz für die Regierungsparteien verbundene Erwartung eines Wirtschaftsaufschwungs, die geschickte Handlungsstrategie von Bundeskanzler Kohl sowie eine Reihe schwerer Fehler der SPD und ihres Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping zurückzuführen war. Nach der Wahl erlebte die Partei jedoch einen selbst verschuldeten dramatischen Absturz. Die Wahlkampf-„Troika“ aus dem Vorsitzenden Rudolf Scharping, Oskar Lafontaine und dem – 1993 in einer Mitgliederbefragung gegen Scharping unterlegenen – Gerhard Schröder fiel auseinander und machte neuen Rivalitäten Platz, der Versuch der Instrumentalisierung der sozialdemokratisch geführten Länder als verlängerter Arm der Bonner Opposition misslang, und die Partei verfiel in eine tiefe Depression, aus der sie erst die handstreichartige Übernahme des Parteivorsitzes durch Oskar Lafontaine auf dem Mannheimer Parteitag im November 1995 riss. Dem neuen Vorsitzenden gelang es, die zerstrittenen Flügel und Gruppen der Partei zusammenzuführen und die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten auf seine Politik einzuschwören. Dies führte zum demoskopischen Aufwind für die Partei, und bei der Bundestagswahl 1998 schöpfte sie ihr heterogenes Wählerpotenzial optimal aus: Mit dem eine einseitige inhaltliche Festlegung vermeidenden Doppelslogan „Innovation und soziale Gerechtigkeit“ und dessen Personalisierung durch das Duo Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine gelang es der SPD, eine Allianz der modernisierungsorientierten bürgerlichen Wählerschichten der „neuen Mitte“ mit ihrer Traditionswählerschaft aus dem Arbeiter- und Gewerkschaftsmilieu zu schmieden, wobei man dem noch unentschlossenen Wählersegment die Angst vor einem Machtwechsel nahm, indem man statt eines radikalen einen moderaten Politikwechsel propagierte. Hinzu kam das mit einer zunehmenden „Gerechtigkeitslücke“ einhergehende Versagen der Union bei der Bewältigung zentraler Probleme im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich, die mangelnde Zugkraft des Spitzenkandidaten Helmut Kohl nach 16 Jahren Amtszeit und partei- sowie koalitionsinterne Querelen während des Wahlkampfes.

Die SPD geriet nach ihrem Sieg in eine Akzeptanzkrise, die sie in der Wählergunst dramatisch abstürzen ließ. Maßgeblich für den Zustimmungsverlust waren die mangelnde programmatische und politisch-konzeptionelle Vorbereitung auf die Regierungstätigkeit, das Zerbrechen des Zweckbündnisses Schröder/Lafontaine und der anschließende Machtkampf in der SPD-Führungsspitze, der mit Lafontaines Rücktritt und der Übernahme des Parteivorsitzes durch Schröder endete, und pro-

zedurale Regierungsprobleme in Gestalt von Koordinierungs-, Professionalitäts- und Vermittlungsdefiziten. Die Union profitierte von der Unzufriedenheit mit der rot-grünen Bundesregierung, tat aber auch mit einer Strategie begrenzter Reformen von oben nach dem Rücktritt von Helmut Kohl das Ihre zu einem Wiederaufschwung, der sich in Wahlsiegen bei den 1999er Landtags- und Europawahlen niederschlug und auf Bundesebene in den Umfragen zu einem bisher noch nie dagewesenen Vorsprung gegenüber der SPD im Oktober 1999 führte. Doch nach dem Höhenflug kam der jähe Absturz, verursacht durch das Bekanntwerden der Spendenaffäre um Altkanzler Kohl: Wie zuvor die SPD, so verlor auch die Union jetzt in kurzer Zeit fast die Hälfte ihrer Anhänger. Auch wenn die Aufarbeitung dieses weit reichenden politischen Skandals sehr lange dauerte, holte sie, nachdem der Wille zum Neuanfang durch die Übernahme des CDU-Parteivorsitzes durch Angela Merkel im April 2000 dokumentiert worden war, in der politischen Stimmung jedoch relativ schnell wieder auf. Sie konnte jedoch nicht mehr an den früheren Höhenflug anknüpfen, da die SPD mittlerweile zur Geschlossenheit zurückgefunden und ihre Regierungsarbeit verbessert hatte.

Zu Beginn des Wahljahres 2002 bot die Regierungsbilanz der rot-grünen Koalition eine bunte Mischung aus Erfolg, Unterlassung und Versagen. Einerseits hatte die Regierung Deutschland an die globalen Entwicklungen seit dem Ende des Kalten Krieges angepasst und Deutschlands Rolle vor allem in der Außenpolitik neu definiert, andererseits blieb, trotz einiger geglückter Reformvorhaben, der Politikwechsel im Sinne einer sozial-ökologischen Wende nach Ansicht vieler ihrer Anhänger aus. Äußerst mager fiel die rot-grüne Bilanz, gemessen auch an ihren eigenen Ansprüchen, auf dem wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Feld aus. Genau diese Problematik wurde in der ersten Hälfte des Wahljahres zum beherrschenden Thema und führte zu einem zunehmenden Vorsprung der Union, die die Schwächen der SPD und ihres Wahlkampfmanagements geschickt ausnutzte. In der Endphase des Wahlkampfes konnte sich die SPD jedoch durch das rasche und entschlossene Handeln Gerhard Schröders bei der Bewältigung der Flutkatastrophe, die populistische Instrumentalisierung des Irak-Themas und Fehler in der Wahlkampfstrategie der Union so weit erholen, dass beide Großparteien am Wahltag exakt den gleichen Stimmenanteil erhielten (vgl. die Wahlergebnisse im Anhang).

Dass die SPD 1998 die Union überflügelte und 2002 mit ihr gleichziehen konnte, lag jedoch nicht nur an den beschriebenen kurzfristigen Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten. Vieles deutet darauf hin, dass die das Parteiensystem seit der weitgehenden Absorbierung des bürgerlich-konservativen Kleinparteienspektrums durch die CDU/CSU in den Fünfzigerjahren prägende strukturelle Asymmetrie zugunsten der Union – die vielbeschworene „bürgerliche Mehrheit“ – in Auflösung begriffen ist. Die Union hat ihre historischen Wurzeln in einer der zentralen Konfliktlinien, die das Parteiensystem von Anfang an geprägt haben: dem Konflikt zwischen religiös-kirchlich-konfessioneller Bindung und Säkularisierung. Trotz ihres Gründungsanspruchs als konfessionsübergreifende Partei rekrutiert sie ihre traditionelle Kernwählerschaft aus der Gruppe der im katholischen Milieu verankerten kirchengebundenen Katholiken. Dieser Kern schmilzt aufgrund von Wertewandels- und Säkularisierungsprozessen seit Ende der Sechzigerjahre jedoch zusehens und ist durch das Hinzukommen des Gebietes der ehemaligen DDR, das schon immer katholische Diaspora war, noch kleiner geworden. Neben der Erosion des Katholi-

schen verliert die Union durch die Entbürgerlichung der Partei und die Entstrukturierung des Bürgertums sowie durch den Verlust des kommunistischen Feindbilds und das Austrocknen ihrer demographischen Ressourcen immer stärker eine Reihe von weiteren Machtressourcen, die ihr in der Vergangenheit erlaubt haben, bei Wahlen eine breite Koalition bürgerlicher Wählerschichten zu schmieden: Die Parteireform der Siebzigerjahre und die der selbst erzeugten Besitzstandswahrungsmentalität zuwiderlaufenden Flexibilitätszumutungen der Neunzigerjahre haben zur Entfremdung der Partei von ihren lokalen Honoratiorenschichten beigetragen, der forsche Wirtschaftsliberalismus eines Teils der nachwachsenden Generation teilt das christlich-bürgerliche Lager, mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes und dem Ansteuern der politischen Mitte durch die SPD entfällt der Antikommunismus als integrative Klammer der verschiedenen bürgerlichen Milieus, und der Anteil der im goldenen christdemokratischen Zeitalter der Adenauer-Ära politisch sozialisierten und an die Union gebundenen Generation an der Wählerschaft schrumpft zusehends. Hinzu kommen spezifische Integrations-, Identitäts-, Organisations- und Mobilisierungsprobleme der CDU in Ostdeutschland.

Aufgrund dieser Entwicklungen wurden in neuerer Zeit Stimmen laut, die von dem Beginn einer Asymmetrie zugunsten der SPD sprechen. Eine strukturelle Mehrheitsfähigkeit der SPD setzt jedoch ein Ausmaß an längerfristigen Wählerbindungen an die Partei voraus, das heutzutage nicht mehr gegeben scheint. Auch die SPD ist vom sozio-ökonomischen Wandel nicht verschont geblieben. Ihre historischen Wurzeln liegen in der zweiten traditionellen Konfliktlinie des deutschen Parteiensystems, dem Gegensatz zwischen einer mittelständisch-freiberuflichen Orientierung und einer Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsorientierung. Sie rekrutiert ihre traditionelle, gefühls- und wertmäßig an die Partei gebundene Kernwählerschaft aus der im sozialistischen Milieu verankerten gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiterschaft, die aufgrund von wesentlichen Veränderungen der Erwerbsstruktur sowie Mobilitätssteigerungs- und Individualisierungsprozessen seit Jahrzehnten schrumpft. Wie schnell und dramatisch die Wähler sich auch von der SPD abwenden können, zeigen die Landtagswahlen im Umfeld der Bundestagswahl 2002, und zwar nicht nur im Osten, wo die längerfristigen Parteibindungen sowieso geringer sind als im Westen: Im April 2002 verlor die SPD in Sachsen-Anhalt gegenüber der letzten Landtagswahl über die Hälfte ihrer Wähler, im Februar 2003 büßte sie in Hessen und Niedersachsen, vor allem wegen der Unzufriedenheit der Wähler mit der Bilanz der Bundesregierung, jeweils etwa ein Drittel ihrer Wähler ein.

Beide Großparteien können somit auf die Treue ihrer Wähler immer weniger zählen: Nach einer groß angelegten Untersuchung im Auftrag der SPD im Herbst 2001 beträgt bei der SPD der Anteil derjenigen Wähler, die die Partei immer gewählt haben und dies auch in Zukunft sicher tun wollen, nur noch 13 Prozent, bei der Union 12 Prozent. Wir haben es somit nicht mit einem Übergang zu einer neuen strukturellen Asymmetrie, sondern mit einer offenen Wettbewerbssituation zwischen den beiden Großparteien zu tun. Um Wähler wieder fester zu binden, genügt ein attraktives Personalangebot mittelfristig nicht. Die Parteien müssen den Bürgern in sich stimmige Politikstrategien zur Lösung der drängenden Zukunftsprobleme präsentieren. Da die internationalen wie nationalen Entwicklungen seit der Vereinigung in Gestalt der Auswirkungen der Globalisierung und der vereinigungsbeding-

ten finanziellen Lasten den deutschen Wohlfahrtsstaat zunehmend an die Grenzen seiner Finanzierbarkeit gelangen ließen und zu immer größeren Arbeitsmarktproblemen führten, betrifft dies vor allem die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Beide Großparteien haben jedoch auf der Konfliktlinie zwischen sozialstaatlichem Interventionismus auf der einen und Propagierung der Marktfreiheit auf der anderen Seite ihre Position noch nicht gefunden. Dies gilt vor allem für die SPD, die auch in den Monaten vor und nach der Bundestagswahl durch permanente Strategie- und Politikwechsel wieder gezeigt hat, dass ihr ein genuin sozialdemokratisches Konzept zur Reform des deutschen Sozialstaates fehlt, das den traditionellen, im Gesellschaftsmodell des 19. Jahrhunderts verwurzelten Grundwert der sozialen Gerechtigkeit unter den gewandelten sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen neu bestimmt und als Richtschnur des konkreten Regierungshandelns dient. Wie die unterschiedlichen Reaktionen von CDU und CSU auf die von Gerhard Schröder im März 2003 vorgestellten Reformmaßnahmen verdeutlichen, geht es der Union jedoch auch nicht viel besser.

3. Die Grünen

Nach den Wahlerfolgen der Grünen in den Achtzigerjahren führte die Vereinigung 1990 zu einem unerwarteten Einbruch: Die West-Grünen, die getrennt von dem ostdeutschen Bewegungsspektrum nur im Wahlgebiet West kandidierten – die Vereinigung mit dem ostdeutschen Bündnis 90 erfolgte erst 1993 –, scheiterten an der Fünf-Prozent-Hürde. Der Schock der Wahlniederlage führte zu einem Pragmatisierungskurs, in dessen Verlauf eine Annäherung von Linken und Realpolitikern neue Mehrheiten schuf und Fundamentalisten die Partei verließen. Dies verbesserte auch das Verhältnis zur SPD, die die Zusammenarbeit mit den Grünen auf Landesebene kontinuierlich ausbaute, wodurch der Koalitionsfähigkeit der Grünen auch auf der Bundesebene der Weg geebnet wurde. Mitte der Neunzigerjahre hatten die Grünen dann in Westdeutschland ihre Stellung im Parteiensystem gefestigt, was sich auf die hohe Kompetenzzuschreibung beim Ökologie-Thema, die Imageverbesserung durch das Abflauen der Flügelkämpfe, die Verankerung in den kulturellen Umbrüchen der westdeutschen Gesellschaft und den partiellen Rückzug der SPD von der Konkurrenz um die sie unterstützenden Wählermilieus zurückführen ließ. In Ostdeutschland dagegen, mit einer anderen Sozialstruktur, anderen kulturellen Verständigungsmustern und einer von ökonomischen und sozialen Themen dominierten Problemstruktur, waren diese Wählermilieus wesentlich schwächer ausgebildet, und zudem wurden die Grünen von den ostdeutschen Bürgern schnell als reine Westpartei wahrgenommen. Dies führte zu einer organisatorischen und elektoralen Schwäche der Partei in den neuen Bundesländern, die bis heute anhält.

Auf der Bundesebene schienen die Grünen 1998 jedoch auf Erfolgskurs zu sein. Schon vor der Bundestagswahl wendete sich allerdings das Blatt, und die Partei erreichte nur magere 6,7 Prozent. Da die SPD deutlich zulegte, war die Bildung einer rot-grünen Koalition, die von den Grünen schon 1994 propagiert worden war, dennoch möglich. Die Talfahrt der Grünen auf Landesebene ging jedoch weiter: Die Partei verlor von 1998 bis zum Herbst 2001 alle 17 Landtagswahlen in

Folge und schied aus zwei Landesregierungen aus. Auf diesem Hintergrund wurde schon das Ende von Rot-Grün prognostiziert, da in ihrer neuen Rolle als Regierungspartei im Bund die gravierenden strukturellen und inhaltlichen Probleme der Grünen offensichtlich geworden seien, die sie als blockierte Partei ohne strategisches Zentrum zur übergreifenden politischen Steuerung erscheinen ließen. Zudem bestand ohne einen den neuen gesellschaftlichen Entwicklungen angepassten inhaltlichen Konsens über die grundlegenden Ziele grüner Politik immer die Gefahr, dass innerparteiliche Meinungsverschiedenheiten über konkrete Fragen der Regierungspolitik durch den Rekurs auf überholte Grundsatzpositionen verschärft wurden. Dies zeigten die heftigen Kontroversen um die Beteiligung der Bundeswehr am Einsatz im Kosovo im Frühjahr 1999 oder um die Castor-Transporte im Frühjahr 2001, wo das Regierungshandeln der Grünen von vielen als Verrat an den eigenen Prinzipien und als Opportunismus gegenüber der SPD empfunden wurde. Andere Beobachter bescheinigten der Partei jedoch, dass keines der großen Reformprojekte der rot-grünen Regierung ohne sie realisiert worden wäre.

Wie auch immer man die Arbeit der Grünen in den ersten drei Regierungsjahren beurteilen mochte: Im Herbst 2001 stand die Partei durch die Diskussion um eine deutsche Beteiligung am Militäreinsatz in Afghanistan vor einer erneuten Zerreißprobe, die den Bestand der rot-grünen Koalition gefährdete und Kanzler Schröder zur Vertrauensfrage greifen ließ. Das die Koalition rettende Abstimmungsverhalten der Grünen-Fraktion führte zunächst zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Parteibasis, ein kurz darauf stattfindender Parteitag segnete jedoch mit überraschend großer Mehrheit die Linie der Bundesregierung zur Terrorbekämpfung ab und sicherte damit den Fortbestand der rot-grünen Koalition. Bei der Bundestagswahl 2002 gelang den Grünen dann durch einen professionalisierten, stark auf den Spitzenkandidaten Joschka Fischer abgestellten Wahlkampf, eine auf taktische rot-grüne Koalitionswähler gezielte Zweitstimmenkampagne und die Relevanz grüner Kernthemen in Gestalt des Umweltschutzes und der Friedenssicherung in der Wahlkampf-Schlussphase ein Wahlerfolg.

Einige grundlegende Probleme der Grünen sind dadurch jedoch nicht gelöst: Als zur Regierungspartei gewandelte ehemalige Protestpartei muss sie mit dem strategischen Dilemma leben, dass ihre politischen Gestaltungsmöglichkeiten strukturell begrenzt und damit Erwartungsenttäuschungen ihrer Anhängerschaft unvermeidbar sind und dieser unlösbare Konflikt mit der eigenen Kernklientel immer wieder zu Schwierigkeiten führen kann. Diese Schwierigkeiten könnten in Zukunft noch zunehmen, da die desolante ökonomische Lage den Profilierungsmöglichkeiten und Erfolgchancen der Grünen auf wichtigen Politikfeldern enge Grenzen setzt. Auch organisatorisch haben sich die Grünen trotz der Aufgabe vieler der ursprünglichen basisdemokratischen Regelungen noch nicht vollständig an die strukturellen Erfordernisse ihre Regierungsrolle angepasst. Dies betrifft vor allem die nach der Wahl durch den Parteitag in Hannover bestätigte Weigerung, die Trennung von Amt und Mandat aufzugeben, wodurch die notwendige Verzahnung von Parteiführung und Bundestagsfraktion weiterhin ausbleibt. In Hannover hat auch nach Ansicht vieler Beobachter der „heimliche Parteivorsitzende“ Joschka Fischer den Zenit seiner Macht überschritten. Innerparteilich würde eine Nach-Fischer-Ordnung durchaus neue Freiräume schaffen, in der Außenwirkung als Wählermagnet ist Fischer jedoch schwer zu ersetzen. Zudem dürfen bei der Erörterung der Zukunfts-

chancen der Grünen zwei weitere Probleme nicht vergessen werden: Erstens ist ihr Bundestagswahlerfolg zu einem beträchtlichen Teil koalitionsstrategischen Leihstimmen aus SPD-nahen Wählersegmenten zu verdanken, und die Grünen bleiben auch weiterhin einseitig an die SPD gebunden, zweitens laufen sie Gefahr, endgültig zur westdeutschen Regionalpartei zu werden: Bei den Landtagswahlen nach 1990 konnte die Partei – mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt 1994 – in keinem der fünf neuen Bundesländer die Fünf-Prozent-Hürde überwinden, auch bei der Bundestagswahl 2002 scheiterte sie überall, und organisatorisch ist sie, mit noch nicht einmal 2500 Mitgliedern, in ganz Ostdeutschland kaum präsent.

4. Die FDP

Die FDP hatte sich 1990 in Westdeutschland klar als dritte Kraft im deutschen Parteiensystem behauptet und im Wahlgebiet Ost ein sensationelles Wahlergebnis erreicht, wobei Letzteres vor allem der Rolle des FDP-Außenministers Hans-Dietrich Genscher im Vereinigungsprozess geschuldet war. Kurz danach begann jedoch ein durch strukturelle, inhaltliche und personelle Defizite bedingter Niedergang: Die Anfang 1992 noch in allen sechzehn Landtagen vertretene Partei verlor vom Herbst 1993 bis zum Herbst 1995 alle dreizehn Landtagswahlen in Folge, flog in zwölf Bundesländern aus den Parlamenten und brach bei der Bundestagswahl 1994 dramatisch ein. Der vereinigungsbedingte Erfolg von 1990 hatte die langfristigen Probleme der Partei überdeckt, die seit den Achtzigerjahren nicht mehr in der Lage war, mit Hilfe ihrer Kernwählerschaft bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Als reine Mehrheitsbeschafferin für die Union war sie zur bloßen Funktionspartei geworden, die ohne Leihstimmen des großen Koalitionspartners ihr parlamentarisches Überleben nicht sichern konnte. Das zentrale Problem einer Funktionspartei ist die Tatsache, dass einerseits ein Koalitionswechsel mit großen Schwierigkeiten durch den teilweisen Austausch der Wähler und Mitglieder verbunden ist, andererseits jedoch die einseitige Bindung an eine der beiden Großparteien die Partei in die Gefahr bringt, als prinzipiell verzichtbares Anhängsel wahrgenommen zu werden. Dies wurde in der ersten Hälfte der Neunzigerjahre für die FDP zunehmend zur Existenzbedrohung. In den neuen Bundesländern, wo der Absturz der Partei besonders gravierend war, kam hinzu, dass die FDP als Partei der Marktwirtschaft und der Eigenverantwortung bei den stärker durch egalitäre und staatspaternalistische Vorstellungen geprägten Bürgern Ostdeutschlands nach dem Abklingen der Vereinigungseuphorie einen schweren Stand hatte und ihre prekäre Lage durch eigene Fehler wie die verhängnisvolle Charakterisierung als „Partei der Besserverdienenden“ noch verschlimmerte.

In der zweiten Hälfte der Neunziger versuchte sie sich – zwischen Koalitionsloyalität zur Union und eigenständiger inhaltlicher Profilierung als Wirtschafts- und Steuersenkungspartei lavierend – zu regenerieren, was ihr nur begrenzt gelang, und bei der Bundestagswahl 1998 präsentierte sie sich wieder als reine Mehrheitsbeschafferin der Union. Nachdem diese Strategie mit einer erneuten Wahlschlappe und dem Verlust der Regierungsverantwortung gescheitert war, begann die FDP sich von der einseitigen Koalitionspräferenz für die Union zu lösen und – zunächst

noch vorsichtig – die „Äquidistanz“ zu den beiden Großparteien zu propagieren. Die Strategie der programmatischen und koalitionspolitischen Eigenständigkeit, flankiert durch eine Reihe von neuartigen Wahlkampfelementen, verschaffte der FDP seit dem Jahr 2000 auf der Landesebene einige zum Teil spektakuläre Wahlerfolge. Auch bei der Bundestagswahl 2002 konnte sie ihren Stimmenanteil steigern, wenn auch bei Weitem nicht in dem erhofften Maße. Dies lag nicht nur an den populistisch-antiisraelischen Ausfällen des damaligen stellvertretenden Parteivorsitzenden Jürgen W. Möllemann, sondern auch an einer Reihe von strategischen und taktischen Fehlern bei der Umsetzung der im Kern – dem Streben nach Äquidistanz zu den beiden Großparteien – richtigen „Strategie 18“ und der Reaktion auf die die Schlussphase des Wahlkampfes bestimmenden Themen.

Nach der Wahl war die Partei über Monate hinweg nur mit der Möllemann-Affäre um die Finanzierung eines von ihm kurz vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen verteilten Flugblatts beschäftigt. Nachdem Möllemann die FDP im März 2003 – einem Parteiausschlussverfahren zuvorkommend – verlassen hat, muss sich die Partei wieder auf das Wesentliche konzentrieren: die Festigung ihrer Stellung im Parteiensystem. Der Anspruch, als eigenständige Partei angesehen und gewählt zu werden, wurde bei der Bundestagswahl durchaus eingelöst, da die Partei diesmal auch ohne die Leihstimmen aus dem Unionsumfeld die Fünf-Prozent-Hürde überwunden hat. Zudem konnte sie erstmals seit 1990 in Ostdeutschland wieder deutlich zulegen. Auch ein weiteres erklärtes Ziel, die verstärkte Ansprache der jüngeren Generation, wurde erreicht. Gerade Letzteres weist jedoch auch auf ein wesentliches Problem der FDP hin: In dem quantitativ starken älteren Teil der traditionellen Stammwählerschaft, der sich und seine Anliegen in dem „Spaßwahlkampf“ der Partei nicht repräsentiert sah, gab es Verluste. Diese Wählerschicht gilt es wieder an die Partei zu binden, und es gilt, in der Kommunikation mit den Bürgern die inhaltlichen Politikkonzepte wieder stärker in den Vordergrund zu stellen. Mit ihrer eindeutigen programmatischen Positionierung als Partei der Marktfreiheit kann die FDP zwar nicht zur Volkspartei werden und 18 Prozent erreichen, hat aber im deutschen Parteiensystem durchaus ihren Platz, den die Partei in Zukunft durch eine verstärkte inhaltliche Ansprache der Wähler auch deutlich machen muss. Dieser Platz wird ihr durch eine mögliche Parteineugründung seitens Jürgen W. Möllemanns wohl auch nicht streitig gemacht werden können: Das bürgerliche Protestpotenzial ist durch die Union in der Opposition hinreichend abgedeckt, und durch eine eher rechtspopulistische Positionierung ist mittelfristig auch kein tragfähiges Wählersegment zu mobilisieren (vgl. auch Abschnitt 6), sodass die Gefahr einer Spaltung des deutschen Liberalismus in zwei bundespolitisch relevante Parteien gering zu sein scheint.

5. Die PDS

Die PDS schien anfangs der Neunzigerjahre noch dem Untergang geweiht. Dem Niedergang folgte jedoch ab 1992 ein erst allmählicher, dann recht rasanter Wiederaufstieg. Ab Mitte der Neunzigerjahre gelang es der PDS, sich in Ostdeutschland als eine von drei großen Parteien zu etablieren, wobei diese Entwicklung auf

mehrere Faktoren zurückzuführen war: Trotz ihrer zumindest anfangs durchaus umstrittenen Einordnung als demokratische Partei war sie von einem Parteienverbot nie bedroht und konnte daher ihre Kontinuität wahren. Zudem profitierte die Partei bei der ersten gesamtdeutschen Wahl von der Trennung in zwei Wahlgebiete, die ihr den Einzug in den Bundestag sicherte, und auch ihr erneuter Einzug 1994 war auf eine Besonderheit des deutschen Wahlsystems, die Direktmandatsregelung, zurückzuführen. Auf der Wählerseite beeinflusste die spezifische Problemstruktur in Ostdeutschland und deren Wandel die Entwicklungsmöglichkeiten der PDS. Während und kurz nach der Wende wurde die Partei zunehmend auf ihre Kernwählerschaft, die ehemaligen DDR-Führungskader in Partei, Wirtschaft und Verwaltung, reduziert. Nach dem Abklingen der von Zukunftsoptimismus geprägten Vereinigungseuphorie profitierte die Partei jedoch immer stärker von den Ansätzen zur Herausbildung eines innerdeutschen Ost-West-Gegensatzes, der sich in Teilen der ostdeutschen Bevölkerung als Einstellungsmuster im Milieu der subjektiven Einigungsverlierer verdichtete. Dass dieser Gegensatz in der PDS seinen parteiorganisatorischen Ausdruck fand, lag zudem an dem politischen Angebot der Partei selbst, die die Interessen dieses Wählersegments populistisch aufgriff, wobei sie auf eine vergleichsweise gute personelle und organisatorische Ausstattung und die Verflechtung mit Vorfeldorganisationen im Verbände- und Vereinsbereich zurückgreifen konnte.

Durch ihre starke Stellung in Ostdeutschland konnte die PDS ihren bundesweiten Stimmenanteil deutlich steigern, und in den neuen Bundesländern nahm die Partei für Koalitionsbildungen immer stärker eine Schlüsselrolle ein, was seitens der SPD ab Mitte der Neunzigerjahre zu der Strategie führte, die PDS schrittweise in die Regierungsverantwortung einzubeziehen, und parteiinterne Diskussionen um eine zukünftig mögliche Koalition auch auf Bundesebene provozierte. Als die PDS dann bei der vorgezogenen Abgeordnetenhauswahl in Berlin im Oktober 2001 im Westen der Stadt 6,9 Prozent erreichte und mit der SPD die Regierung bildete, schien dies der lang erwartete Durchbruch im Westen zu sein.

Von diesen Erfolgen verwöhnt, hat die PDS es zu Beginn des neuen Jahrtausends versäumt, die personellen, inhaltlich-programmatischen und koalitionsstrategischen Voraussetzungen für eine Verstetigung ihres gesamtdeutschen Wählerpotenzials zu schaffen, und ist daher bei der Bundestagswahl 2002 an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert und seither nur noch mit zwei direkt gewählten Abgeordneten im Bundestag vertreten: Personell hat die Partei den Rückzug der Doppelspitze aus dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Gregor Gysi und dem Parteivorsitzenden Lothar Bisky, die – genervt von dem anhaltenden Widerstand der orthodoxen Gruppen gegen eine programmatische und strukturelle Modernisierung – im Jahre 2000 das Handtuch warfen, nicht verkraftet. Inhaltlich-programmatisch verhinderte die Uneinigkeit zwischen den verschiedenen innerparteilichen Strömungen, dass die PDS ihre Position im Parteienwettbewerb in Form eines neuen Parteiprogramms verdeutlichte, das den Anspruch der Partei, sich zu einer gesamtdeutschen linkssozialistischen Kraft zu entwickeln, den Wählern hätte vermitteln können. Hinzu kam, dass sie sich auch wettbewerbs- und koalitionsstrategisch nicht klar positioniert hatte, denn sie ging ohne Klärung der entscheidenden Fragen in die Wahl, ob sie reine Oppositions- oder potenzielle Regierungspartei sein will und wie sie zu Bündnissen mit der SPD steht.

Das Ziel der PDS, als gesamtdeutsche sozialistische Partei zur dritten Kraft im bundesdeutschen Parteiensystem zu werden, ist durch diese Wahlniederlage in weite Ferne gerückt. Wenn sie ihre grundlegenden Probleme – die ideologische Heterogenität der innerparteilichen Gruppierungen, die Nichtexistenz eines den Zusammenhalt und die Aktionsfähigkeit der Partei sichernden strategischen Zentrums, das Fehlen eines attraktiven Personalangebots, das mangelnde soziale Fundament und die geringe Akzeptanz im Westen sowie die Unfähigkeit zur Entwicklung einer breite Wählerschichten überzeugenden Programmatik – nicht löst, wird sie in Zukunft bundespolitisch keine Rolle mehr spielen und auch ihre Stellung als relevante ostdeutsche Regionalpartei gefährden. Die Entwicklungen der PDS nach der Wahl – insbesondere die Ergebnisse des Geraer Parteitages – deuten nicht darauf hin, dass sich die Partei aus eigener Kraft heraus regenerieren kann. Eine zeitweilige Erholung scheint allenfalls durch Fehler der Konkurrenten möglich, etwa wenn die neue rot-grüne Regierung durch ihre Politik nachhaltigen Protest provoziert, den die PDS kanalisieren kann. Auch dies ist jedoch bisher ausgeblieben: Vom massiven Vertrauensverlust der SPD in den ersten Monaten nach der Bundestagswahl konnte die PDS nicht profitieren, und selbst wenn dies geschehen würde, wären damit die strukturellen Probleme der Partei nicht gelöst.

6. Die systemoppositionellen Parteien NPD, Republikaner und DVU

Bei den als extremistisch eingestuften, systemoppositionellen Parteien NPD, Republikaner und DVU waren in den Neunzigerjahren Wellen zu- und abnehmender Mobilisierung zu verzeichnen. Durch die Entwicklung im Umfeld der staatlichen Vereinigung wurde der Anstieg der Republikaner zunächst gestoppt, die Jahre 1991/92 brachten auf der Landesebene jedoch ein erneutes Zwischenhoch für die DVU und die Republikaner, im Superwahljahr 1994 spielten sie wiederum keine beachtenswerte Rolle, aber der Riesenerfolg der DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 1998 (12,9 Prozent) weckte erneut Befürchtungen, einer Partei dieser Couleur könnte der Einzug in den Bundestag gelingen. Bis heute sind diese Parteien von einer parlamentarischen Repräsentation jedoch weit entfernt. Daran änderte auch das Hinzukommen der rechtspopulistischen, aber nicht als systemoppositionell zu kennzeichnenden „Partei rechtsstaatlicher Offensive“ des Hamburger Richters Schill nichts, die zwar bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 2001 einen spektakulären Wahlerfolg erzielte und mit der CDU und der FDP eine Regierungskoalition bildete, bei der Bundestagswahl 2002 jedoch nur magere 0,8 Prozent erreichte. Die Ursachen für den mangelnden Erfolg der systemoppositionellen Rechten in der Bundesrepublik liegen darin, dass sie durch die NS-Diktatur diskreditiert ist, aus diesem Grund auch keine nennenswerte Medienunterstützung erhält, ihre organisatorische Zersplitterung in mehrere Parteien nie überwinden konnte, über keine charismatische Führungspersönlichkeit verfügt, die eine breitere Wählerschicht ansprechen könnte, und an der bleibenden Fähigkeit des bürgerlichen Parteienlagers zur Besetzung relevanter Themen und teilweisen Integration der potenziellen Wählerklientel krankt.

7. Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass wir es zur Jahrtausendwende mit einem Parteiensystem vom Typ des „gemäßigten Pluralismus“ zu tun haben, dessen zukünftige Entwicklung in vielerlei Hinsicht offen ist. Durch den Abbau der strukturellen bürgerlichen Mehrheit ist der Wettbewerb zwischen den beiden Großparteien offener geworden, und auch die Grünen und die FDP befinden sich in einer Wettbewerbssituation, die es als relativ offen erscheinen lässt, ob sich eine von ihnen längerfristig klar als dritte Kraft im deutschen Parteiensystem von der anderen absetzen kann. Die PDS schien bis Ende der Neunzigerjahre auf dem Weg, in das Rennen um die dritte Kraft einzugreifen. Nach ihrer Niederlage bei der Bundestagswahl 2002 bleibt jedoch abzuwarten, ob sie ein Auslaufmodell darstellt, ob sie wenigstens als ostdeutsche Regionalpartei in Zukunft noch eine wichtige Rolle spielt oder ob ihr sogar die Rückkehr zur bundespolitischen Relevanz gelingt. Andere Parteien – auch die Rechten – spielen im bundesdeutschen Parteiensystem keine relevante Rolle.

8. Anhang: Ergebnisse der Bundestagswahlen 1990-2002 (%)

Jahr ¹	CDU/ CSU	SPD	FDP	GRÜNE	PDS	System- oppos. ²	Sonst.
1990							
ges.	43,8	33,5	11,0	5,0	2,4	2,4	1,9
Ost	41,8	24,3	12,9	6,2	11,1	1,6	2,1
West	44,3	35,7	10,6	4,8	0,3	2,6	1,7
1994							
ges.	41,5	36,4	6,9	7,3	4,4	1,9	1,6
Ost	38,5	31,5	3,5	4,3	19,8	1,3	1,1
West	42,1	37,5	7,7	7,9	1,0	2,0	1,8
1998							
ges.	35,1	40,9	6,2	6,7	5,1	3,3	2,7
Ost	27,3	35,1	3,3	4,1	21,6	5,0	3,6
West	37,0	42,3	7,0	7,3	1,2	2,8	2,4
2002							
ges.	38,5	38,5	7,4	8,6	4,0	1,0	2,0
Ost	28,3	39,7	6,4	4,7	16,9	1,7	2,3
West	40,8	38,3	7,6	9,4	1,1	0,9	1,9

1) Ost = Gebiet der ehemaligen DDR (1990: Wahlgebiet Ost); West = Gebiet der alten Bundesrepublik einschl. Westberlin (1990: Wahlgebiet West).

2) DVU, NPD und Republikaner.

Quelle: amtliche Wahlstatistik.

Weiterführende neuere Literatur

- Alemann, Ulrich von (2001): Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske + Budrich (2. durchges. Aufl.).
- Bösch, Frank (2002): Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU. Stuttgart/München: DVA.
- Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (2002): Parteiendemokratie in Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag (2., akt. u. erw. Aufl.).
- Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2003): Bilanz der Bundestagswahl 2002. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Lösche, Peter/Walter, Franz (1996): Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Niedermayer, Oskar (Hrsg.) (2003): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002. Opladen: Leske + Budrich.
- Raschke, Joachim (2001): Die Zukunft der Grünen. „So kann man nicht regieren“. Frankfurt a.M.: Campus.
- Walter, Franz (2002): Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte. Berlin: Alexander Fest Verlag.

Sowie folgende Ausgaben wissenschaftlicher Fachzeitschriften:

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10, 2001 und B21, 2002

Berliner Republik, neuere Jahrgänge

Der Bürger im Staat, 52. Jg., 2002

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 49. Jg., Heft 10, 2002

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 16 Jg., Heft 1, 2003.

vorgänge, 41. Jg., Heft 1, 2002.

Zeitschrift für Parlamentsfragen, neuere Jahrgänge.